Erschienen in: Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, 29-50.

Die Bürger ziehen Bilanz

Einstellungen zur Großen Koalition und Wahlverhalten 2009

Harald Schoen

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

1. Einleitung

Die Bundestagswahl 2009 hat die 2005 geschlossene Große Koalition beendet. Wie in den sechziger Jahren blieb das Bündnis aus CDU/CSU und SPD somit ein Intermezzo und die vielbeschworene Ausnahme, die die Regel sogenannter kleiner Koalitionen bestätigt. Diese Gemeinsamkeit darf allerdings nicht über die erheblichen Unterschiede zwischen den Bundestagswahlen 1969 und 2009 hinwegtäuschen. 1969 wurde mit der Großen Koalition auch ihr Kanzler abgelöst, vierzig Jahre später hingegen führt Angela Merkel auch nach dem Koalitionswechsel die Regierung. Richtet man den Blick auf das Abschneiden der Parteien, fällt ins Auge, dass 1969 neben der Union erstmals auch die SPD mehr als vierzig Prozent der Zweitstimmen erhielt, während 2009 die beiden Regierungsparteien auf 33,8 bzw. 23,0 Prozent zurückfielen. Ähnelt die Stimmeneinbuße von CDU und CSU im Jahr 2009 recht deutlich dem moderaten Verlust im Jahr 1969, erlebte die SPD 2009 einen Einbruch historischen Ausmaßes, während sie sich 1969 noch über einen Stimmenzuwachs hatte freuen können. Gerade spiegelbildlich dazu verhält es sich mit der FDP. Sie wäre 1969 beinahe an der Fünfprozenthürde gescheitert und aus dem Bundestag ausgeschieden, 2009 hingegen konnte sie das beste Ergebnis ihrer Geschichte feiern. Auch die beiden anderen im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien erzielten 2009 bessere Zweitstimmenresultate als bei allen früheren Bundestagswahlen.

In der Zusammenschau scheint die Wahl 2009 wesentlich besser als der Urnengang 1969 mit der politischen Faustregel in Einklang zu stehen, dass Große Koalitionen den Koalitionären an der Wahlurne schadeten. Im Gegenzug steige die Wahlenthaltung, wie auch kleinere Parteien und nicht zuletzt Gruppierungen am Rande des Parteienspektrums profitierten (siehe Haas 2007: 20). Dieses Argument wurde auch nach der Bundestagswahl 2009 in Erklärungsversuchen bemüht. So verwies die CDU-Vorsitzende zur Erklärung der Stimmenverluste von CDU und CSU im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl darauf, dass dieser Verlust auf die Große Koalition zurückzuführen sei (Schmiese 2009: 3). Mancher Beobachter sah hingegen die Union als Nutznießerin der Erfolge, die die Große Koalition für sich habe verbuchen können; der SPD hätten die Leistungen der Großen

Koalition hingegen an der Wahlurne zum Nachteil gereicht (Prantl 2009: 4). Andere erkannten eine Ursache des Debakels der Sozialdemokraten darin, dass es ihnen die Große Koalition erschwert hätte, sich programmatisch zu profilieren (SPD-Landesvorstand Berlin 2009). Allerdings beruhen diese Einschätzungen, soweit erkennbar, nicht auf sorgfältigen Analysen des Wahlverhaltens. Sie können daher nur sehr bedingt Aufschluss über die tatsächliche Bedeutung der Großen Koalition für den Ausgang der Wahl am 27. September 2009 geben.

Vorsicht bei der Diagnose von Wirkungen der Großen Koalition auf das Wahlverhalten erscheint erst recht geboten, wenn man sich vor Augen führt, wie vielfältig Regierungsbündnisse das Wahlverhalten beeinflussen können. Eine nahe liegende Wirkung besteht darin, dass sich Bürger ein Urteil über die Regierungskoalition bilden und dieses in ihre Wahlentscheidung einfließen lassen. Neben diesen direkten Effekten können Regierungsbündnisse indirekte Wirkungen auf Wahlverhalten zeitigen. Diese können zum einen darin bestehen, dass das Regierungsbündnis die Ausprägung verhaltensrelevanter Einstellungen beeinflusst, die sich jedoch nicht unmittelbar auf die Koalition beziehen. Beispielsweise kann die Einbindung in eine Koalition eine Partei daran hindern, bestimmte programmatische Ziele zu verfolgen, weshalb sich einige ihrer Anhänger enttäuscht von der Partei abwenden könnten. Ein zweiter Typ von indirektem Effekt liegt dann vor, wenn eine Koalition Einfluss darauf nimmt, welche Faktoren bei der Wahlentscheidung wie stark ins Gewicht fallen. So könnte man vermuten, dass eine Große Koalition eine weniger kontroverse Wahlauseinandersetzung begünstige, was zum einen die politische Wahrnehmung der Bürger weniger polarisiert ausfallen lasse (Layman/Carsey 2000) und die Wirkung parteibezogener Einstellungen auf das Wahlverhalten abschwäche. Die verschiedenen Wirkungen können einzeln oder gleichzeitig auftreten; sie können sich wechselseitig verstärken, aber auch einander neutralisieren. Im Ergebnis besitzen Regierungskoalitionen ein vielfältiges Potential, Wahlverhalten zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund kann das Ziel des vorliegenden Aufsatzes nicht darin bestehen, die Vielfalt möglicher Wirkungen der Großen Koalition auf das Wahlverhalten 2009 umfassend zu analysieren. Vielmehr soll nur ein kleiner Ausschnitt daraus eingehend betrachtet werden. Genauer gesagt soll untersucht werden, inwieweit Urteile über die Große Koalition das Wahlverhalten 2009 beeinflussten; es werden also direkte Effekte analysiert. Im folgenden Abschnitt soll dazu zunächst ein Überblick darüber gegeben werden, wie die Große Koalition von den Bürgern wahrgenommen und bewertet wurde. Anschließend wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Urteile über die Große Koalition das Wahlverhalten

beeinflussten. Der Aufsatz schließt mit einer kurzen Zusammenfassung und Diskussion der zentralen Ergebnisse.

2. Die Große Koalition im Spiegel der öffentlichen Meinung

Vor der Bundestagswahl 2005 sahen die Deutschen die Möglichkeit einer Großen Koalition mit gemischten Gefühlen. Zwar sprach eine relative Mehrheit einem solchen Regierungsbündnis eine große Problemlösungskompetenz zu und sich für diese Koalition aus, doch votierten deutlich mehr Personen gegen ein Bündnis aus Union und SPD (Forschungsgruppe Wahlen 2005a; Infratest dimap 2005a). Nach der Wahl am 18. September 2005 gewann die Große Koalition deutlich an Unterstützung in der Öffentlichkeit, die noch einmal zunahm, nachdem die Regierung unter Angela Merkel vom Bundestag gewählt und vereidigt war (Forschungsgruppe Wahlen 2005b, 2005c; Infratest dimap 2005b). So konnte die Große Koalition ihre Arbeit in einem vergleichsweise wohlwollenden öffentlichen Klima aufnehmen. Dabei kann an dieser Stelle dahingestellt bleiben, inwieweit die Deutschen auf (vorteilhafte) Medienberichterstattung über die neue Regierung reagierten oder sich unabhängig davon mit der von ihnen erzwungenen, wenn auch nicht unbedingt intendierten neuen politischen Realität arrangierten (siehe Jung/Wolf 2005).

Doch wie bewerten die Deutschen die Große Koalition am Ende der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages? Antworten auf diese Frage werden mithilfe von Daten gegeben, die im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) erhoben wurden (DGfW 2009).[1] Dazu wurden 1144 zufällig ausgewählte Mitglieder eines Online-Accesspanels in der Zeit vom 31. Juli 2009 bis zum 10. August 2009 online befragt. Bei der Auswahl der Befragten wurde mittels Quotierung darauf geachtet, die Zusammensetzung der Stichprobe im Hinblick auf Geschlecht, Alter und formale Bildung an jene der wahlberechtigten Bevölkerung anzunähern. Auf diese Weise sollen für Onlinebefragungen typische Stichprobenprobleme reduziert werden (z.B. Faas/Schoen 2009). Allerdings kann dieses Verfahren nicht garantieren, dass sich online befragungsbereite Personen nicht doch in relevanten Hinsichten von anderen Personen unterscheiden. In diesem Fall können verzerrte Ergebnisse nicht ausgeschlossen werden.

[1] Die Daten, die in diesem Beitrag verwendet werden, wurden von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zugänglich gemacht. Die Daten der Online-Umfrage wurden im Vorfeld der German Longitudinal Election Study (Komponente X: Vorwahl-Online-Tracking) erhoben von Prof. Dr. Hans Rattinger (GESIS und Universität Mannheim), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim) und PD Dr. Bernhard Weßels (Wissenschaftszentrum Berlin). Sie wurden von GESIS für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die genannten Personen noch die Institute tragen Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

Wie Abbildung 1 zu entnehmen ist, beurteilen die Befragten Anfang August 2009 die Große Koalition vorsichtig kritisch. Auf einer von 0 bis 1 reichenden Skala erzielt das Regierungsbündnis im Mittel einen Wert 0,37. Eine praktisch gleiche Durchschnittsbewertung vergeben die Respondenten für den Beitrag der Großen Koalition zur Lösung der Probleme in Deutschland. Diese milde Kritik war in verschiedenen Segmenten des Elektorats ähnlich weit verbreitet. Die Anhänger der Koalitionsparteien beurteilen die Große Koalition und ihre Leistungen minimal besser als der durchschnittliche Befragte. Spiegelbildlich bewerten Anhänger von Oppositionsparteien die Koalition nicht wesentlich schlechter, die Ausnahme dazu stellen die Anhänger der Linken dar. Parteipolitische Loyalitäten und damit verbundene politische Grundorientierungen scheinen die Wahrnehmung der Großen Koalition also nicht wesentlich geprägt zu haben.[2]

In den Augen einiger Bürger scheint eine Schwäche der Großen Koalition darin zu liegen, dass sich die Regierungspartner gegenseitig blockierten. Auf eine entsprechende Frage geben die Befragten – wiederum auf einer von 0 bis 1 reichenden Skala – im Mittel einen Wert von 0,70 an. Wie Abbildung 1 zudem zeigt, spielen Parteibindungen auch bei diesen Perzeptionen nur eine untergeordnete Rolle. Anhänger der Regierungsparteien unterscheiden sich kaum von parteipolitisch unabhängigen Respondenten und Anhängern oppositioneller Parteien. Allerdings scheint die wahrgenommene Blockade in der Regierung nicht der einzige Grund für skeptische Urteile über das schwarz-rote Bündnis zu sein. Denn die Blockadewahrnehmung hängt zwar erwartungsgemäß negativ mit der Bewertung der Großen Koalition und deren Leistung zusammen, doch sind die Korrelationen mit rund -0,20 von moderatem Ausmaß. Folglich dürften andere Wahrnehmungen auch zu negativen Gesamturteilen über die Große Koalition beigetragen haben.

- Abbildung 1 etwa hier -

Aus Sicht der Bürger lässt sich nicht eindeutig entscheiden, welcher Koalitionspartner in erster Linie für die wahrgenommene Blockade verantwortlich ist. 18 Prozent der Befragten sehen die Unionsparteien (10 Prozent CDU, 8 Prozent CSU) als hauptverantwortlich an, 17 Prozent erkennen dagegen in den Sozialdemokraten die Kraft, die die Regierungsarbeit

[2] Werden die Respondenten nach ihrer Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD in Berlin gefragt, resultiert eine insgesamt etwas bessere Bewertung, vor allem aber treten merklich stärkere Parteibindungseffekte auf. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Nennung der Parteien zu einer stärker parteipolitisch polarisierten Wahrnehmung und Bewertung führt. Zugleich lässt dieser Indikator in weiterführenden Analysen die Haltung zur Großen Koalition für das Wahlverhalten weniger folgenreich erscheinen als das hier verwendete Messinstrument.

bremste. Die übrigen 65 Prozent derjenigen, die eine Blockade der Regierungsarbeit wahrnehmen, schreiben keiner Seite einen überproportional großen Teil der Schuld zu. Aufschlussreich ist ein Blick auf die Urteile der Anhänger der verschiedenen Parteien. Denn an dieser Stelle werden Wirkungen langfristiger Parteibindungen auf die politische Wahrnehmung deutlich. 44 Prozent der Unionsanhänger sehen die SPD als Hauptbremser, 41 Prozent der SPD-Anhänger schieben die Schuld den Unionsparteien zu. Die „eigene" Partei sehen jeweils nur vier bzw. ein Prozent der Respondenten als Hauptverursacherin der wahrgenommenen Blockade. Wirkungen politischer Grundorientierungen werden auch in den Antworten der FDP- und Grünen-Anhänger erkennbar, da diese – wenn auch weniger deutlich als die Anhänger der Regierungsparteien – bevorzugt SPD bzw. CDU/CSU als wesentliche Verursacher des wahrgenommenen Stillstands ausmachen. Bei den Anhängern der Linken zeichnet sich hingegen keine eindeutige Schuldzuweisung an einen der Koalitionspartner ab. Insofern ähneln sie stärker als die Anhänger der anderen Parteien den Wahlberechtigten ohne Parteibindung, die die Verantwortung für die wahrgenommene Blockade nicht nur bei einem Koalitionspartner sehen.

Deutlich anders sehen die Bürger den Einfluss auf die Große Koalition verteilt. Wie die Ergebnisse in der ersten Zeile von Tabelle 1 zeigen, äußern sich die Befragten dazu ziemlich eindeutig. Rund zwei Drittel der Respondenten sehen in den Unionsparteien die einflussreichere Kraft in der Großen Koalition. Lediglich sieben Prozent schreiben der SPD einen größeren Einfluss auf die Große Koalition zu. Die restlichen Befragten erkennen keinen Unterschied zwischen den Regierungspartnern. CDU und CSU sind demnach in der öffentlichen Wahrnehmung der einflussreichere Koalitionspartner. In der Onlinebefragung vor der Wahl 2009 zeichnet sich somit noch deutlicher als in Umfragen zu Beginn der Legislaturperiode eine erhebliche Asymmetrie zwischen den Koalitionspartnern ab (siehe Infratest dimap 2005b). Dies gilt für Anhänger verschiedener Parteien und parteipolitisch Unabhängige, die sich in dieser Hinsicht nur graduell unterscheiden (nicht tabellarisch ausgewiesen).

Dieses Muster steht in deutlichem Kontrast zu manchen Erwartungen in den Reihen der Koalitionäre zu Beginn der Legislaturperiode. Die Sozialdemokraten konnten in den Koalitionsverhandlungen mehr Ministerien als die Union erringen, und dabei auch noch gewichtige Ressorts wie zum Beispiel das Auswärtige Amt, das Finanz- und das Sozialministerium. Daraus speisten sich auf Seiten der SPD Hoffnungen, sie könnte die Politik der Großen Koalition wesentlich gestalten, auf Seiten der Unionsparteien weckte die Ressortverteilung entsprechende Befürchtungen (z.B. Prantl 2009: 4). Eine Ursache dafür,

dass die SPD trotz der Ressortverteilung von den Bürgern nicht mehrheitlich als gestaltende Kraft im Regierungsbündnis wahrgenommen wurde, könnte darin liegen, dass die Partei die öffentlichkeitswirksamen Gestaltungsmöglichkeiten, die mit einem Ministerium verbunden sind, nicht für sich nutzte. Um dies zu klären, wurden die Respondenten gefragt, wie sie den Einfluss der Regierungspartner auf verschiedenen Politikfeldern einschätzten.

Die Ergebnisse im unteren Teil von Tabelle 1 zeigen recht deutlich, dass die Übernahme eines Ministeriums einer Partei nicht garantiert, als der einflussreichere Koalitionspartner auf dem entsprechenden Politikfeld wahrgenommen zu werden. Ein erstes prominentes Beispiel ist die Außenpolitik. Etwa ein Drittel der Befragten sieht dieses Feld von der SPD um ihren Außenminister und Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier bestimmt. Rund vierzig Prozent erkennen jedoch in den Unionsparteien die einflussreichere Kraft. Auf dem Gebiet der Europapolitik ist das Verhältnis noch deutlicher zugunsten der Unionsparteien verschoben. Diese Muster könnten darauf hindeuten, dass die Präsenz der Bundeskanzlerin auf internationalem Parkett nicht ohne Wirkung auf die Wahrnehmung der Bürger blieb.

- Tabelle 1 etwa hier –

Doch nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch in der Finanzpolitik müssen die Sozialdemokraten es hinnehmen, dass nicht sie und ihr Ressortminister, sondern der Koalitionspartner als einflussreicher gilt. Lediglich ein knappes Viertel der Befragten sieht in der SPD die gestaltende Kraft in der Finanzpolitik, während die Hälfte der Respondenten den größeren Einfluss bei den Unionsparteien vermuten. Selbst einem selbst- und öffentlichkeitsbewussten Politiker wie Peer Steinbrück gelang es also nicht, der Finanzpolitik so sehr seinen Stempel aufzudrücken, dass sie mehrheitlich als sozialdemokratische Domäne wahrgenommen würde. Auch in der Arbeitsmarktpolitik dominieren in der Wahrnehmung der Bürger die Unionsparteien, obgleich die SPD zunächst mit Franz Müntefering, später mit Olaf Scholz den Minister stellte.

Auf den übrigen Politikfeldern gelang es den Koalitionspartnern, die Ressortverantwortlichkeit zu nutzen, um (wahrgenommene) Gestaltungskraft zu entfalten. So erkennen die Befragten in der Sozial-, Gesundheits- und Umweltpolitik mehrheitlich eine sozialdemokratische Handschrift. Noch deutlicher, ja so deutlich wie auf keinem anderen Politikfeld dominiert die Union in der Wirtschaftspolitik. Ihre Ressortverantwortlichkeit in öffentlich wahrgenommenen Einfluss auf die Regierungsarbeit umzuwandeln gelang den Unionsparteien auch in der Landwirtschafts- und der Familienpolitik. Letzterer Befund birgt

eine gewisse Ironie, da die Familienpolitik der Großen Koalition weithin als Fortsetzung der Politik der rot-grünen Regierung gilt (Korte 2009: 6; Zohlnhöfer 2009: 9; vgl. auch Henninger/von Wahl i.d.B.). Die Befunde könnten darauf hindeuten, dass die Union auf diesem Gebiet in der öffentlichen Wahrnehmung einen erfolgreichen programmatischen Wandel vollzogen hat.

In der Wahrnehmung der Bürger war die Arbeit der Großen Koalition somit in weiten Teilen von den Unionsparteien beherrscht, und zwar auch auf Gebieten mit sozialdemokratischen Ministern. Eine Erklärung für diese Muster könnte darin liegen, dass in der öffentlichen Wahrnehmung der Politikgestaltung die Regierungschefin eine herausragende Stellung einnimmt, und zwar auch in Perioden, in denen das Wort „Chefsache" nicht täglich im Mund geführt wird. Die Finanz- und Wirtschaftskrise könnte dazu beigetragen haben, dass sich die Kanzlerin verstärkt der entsprechenden Politikfelder annahm und dadurch den Eindruck zumindest verstärkte, die Unionsparteien seien hier einflussreicher. Unabhängig davon, ob sich diese Spekulationen in empirischen Analysen als tragfähig erweisen, zeigt die Analyse, dass die Ressortverteilung nicht die von der Öffentlichkeit wahrgenommene (politikfeldspezifische) Gestaltungskraft determiniert. Anders gewendet, legt dieser Befund den Schluss nahe, dass es sich für Parteien lohnt, nicht nur darauf Wert zu legen, in Koalitionsverhandlungen eine günstige Ressortverteilung zu erreichen, sondern mindestens ebenso viel Energie und Einfallsreichtum darauf zu verwenden, anschließend die Regierungsarbeit zu gestalten.

Zusammenfassend betrachtet, stellen die Befragten der Großen Koalition vor der Wahl 2009 ein mittelmäßiges Zeugnis aus. Sie attestieren ihr – weitgehend unabhängig von parteipolitischen Bindungen – durchschnittliche Leistungen und eine Tendenz zur Selbstblockade. Als treibende Kraft in der Regierung gilt mehrheitlich und über Parteigrenzen hinweg die Partei der Bundeskanzlerin.

3. Urteile über die Große Koalition und Wahlverhalten

Nachdem wir die Urteile der Bürger über die Große Koalition analysiert haben, ist nun zu klären, ob diese Bewertungen das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 beeinflussten.[3] Anders formuliert, geht es um die Frage: Zogen die Deutschen mit ihrer Wahlentscheidung

[3] Wirkungen wahrgenommener Koalitionsaussagen, koalitionsbezogener Kompetenzvermutungen und prospektiver Koalitionspräferenzen sowie koalitionsbezogener taktischer Überlegungen bleiben an dieser Stelle ausgeblendet (siehe zu deren Wirkungen etwa Abramson et al. 2004, 2010; Huber et al. 2009). Sie werden nur insoweit berührt, als die entsprechenden Orientierungen von Erfahrungen mit der Regierungsarbeit in der zurückliegenden Legislaturperiode beeinflusst werden.

auch eine Bilanz der Arbeit der Großen Koalition? Bilanzierendes Wahlverhalten ist für das Funktionieren einer Demokratie von Vorteil, weil es Regierungen Anreize zu verantwortlichem Handeln gibt (klassisch dazu: Key 1966; Fiorina 1981). Zugleich scheinen Bürger dazu durchaus in der Lage und willens zu sein. Denn es liegen empirische Anhaltspunkte aus verschiedenen westlichen Demokratien vor, die dafür sprechen, dass retrospektive Leistungsbewertungen das Wahlverhalten in beträchtlichem Maße beeinflussen (Miller/Shanks 1982, 1996; Alvarez/Nagler 1998a, b; Roller 1998; Schmitt 1998; Alvarez et al. 2000; Clarke et al. 2004: 50-78, 94-123; Clarke et al. 2009).

Allerdings können Befunde aus der Vergangenheit keinen Aufschluss darüber geben, ob Urteile über die Große Koalition Wirkungen auf das Wahlverhalten 2009 entfalteten. Dies gilt umso mehr, als derartige Wirkungen keineswegs selbstverständlich sind. Gerade Koalitionsregierungen scheinen politischen Akteuren vergleichsweise gute Chancen zu bieten, sich einem Wählerverdikt über ihre Leistungen in der Regierungsverantwortung zu entziehen. Denn Regierungsbündnisse können es Bürgern erschweren, einzelnen Politikern oder Parteien die Verantwortung für Regierungshandeln zuzuweisen (Feldman 1984: 239-241; Taylor 2000; Dorussen/Taylor 2001). In der Folge blieben Urteile über die Regierungsarbeit bei der Wahlentscheidung ohne Konsequenzen, so dass der Belohnungs- und Bestrafungsmechanismus außer Kraft gesetzt wäre und der elektorale Anreiz zu verantwortungsvollem Regierungshandeln entfiele.

Vor der Bundestagswahl 2009 scheinen die Bürger durchaus in der Lage gewesen zu sein, Verantwortliche für das Regierungshandeln zu identifizieren. Wie wir im vorangegangenen Abschnitt gesehen haben, scheinen in der öffentlichen Wahrnehmung die Gewichte in der Großen Koalition eindeutig zugunsten der Unionsparteien verteilt gewesen zu sein. Folglich ist damit zu rechnen, dass koalitionsbezogene Einstellungen die Stimmabgabe für die Union beeinflussten. Das Wahlverhalten zugunsten der SPD sollte hingegen von Bewertungen der Großen Koalition weitgehend unberührt bleiben.

Um diese Vermutungen zu prüfen, wurden zwei Arten von Analysen durchgeführt. Zum einen wurde danach gefragt, inwieweit koalitionsbezogene Einstellungen die Wahlentscheidung 2009 beeinflussten. Zum anderen wurde geprüft, ob die entsprechenden Bewertungen bei Unions- und SPD-Wählern des Jahres 2005 eine Wirkung darauf hatte, ob sich diese 2009 wieder für die gleiche Partei entschieden. In der ersten Analyse dient die Entscheidung zwischen Union, SPD, FDP, Grünen, der Linken und der Wahlenthaltung als abhängige Variable. Zentrale unabhängige Variable ist die Bewertung der Großen Koalition, in die die beiden entsprechenden Variablen, die im vorangegangenen Abschnitt betrachtet wurden,

gleichgewichtig einbezogen wurden (Cronbachs $\alpha = 0{,}84$). Um zu vermeiden, dass Scheinkorrelationen als substantielle Effekte der Koalitionsbewertung interpretiert werden, wurde eine Reihe weiterer unabhängiger Variablen, die sich in der Wahlforschung als Determinanten der Wahlentscheidung erwiesen haben (siehe im Überblick Schoen/Weins 2005), in die Analyse einbezogen. Im Einzelnen handelt es sich um Parteibindungen, die Links-Rechts-Selbsteinstufung, die Bewertung der Spitzenkandidaten sowie die Kompetenzzuschreibung an die Parteien (siehe für Details den Anhang). Da die abhängige Variable nominal skaliert ist und mehr als zwei Ausprägungen aufweist, wurde das Verfahren der multinomialen logistischen Regression gewählt.

Ein Problem dieser Analysestrategie besteht darin, dass sie annimmt, Urteile über die Große Koalition würden trennscharf mit den dafür vorgesehenen Indikatoren gemessen. Es spricht jedoch einiges dafür, dass Bürger Eindrücke von der Großen Koalition auch in Bewertungen von Spitzenpolitikern und Parteikompetenzen einfließen lassen. Werden diese Variablen als Kontrollvariablen in die Analyse einbezogen, wird der Effekt der Einstellungen zur Großen Koalition tendenziell unterschätzt. Dieses Problem lässt sich in einer Querschnittanalyse nicht vollständig lösen. Man kann es jedoch insofern abmildern, als man die Erklärungsmodelle einmal mit und einmal ohne die potentiell verzerrenden Kontrollvariablen schätzt. Auf diese Weise erhält man eine optimistische und eine konservative Schätzung des Effekts von Einstellungen zur Großen Koalition.

In Tabelle 2 sind die Ergebnisse des ersten Analyseschritts zusammengestellt, in dem mit einer multinomialen logistischen Regression die Wirkungen der verschiedenen potentiellen Einflussgrößen auf die Wahlentscheidung 2009 untersucht wurden. Die Ergebnisse zeigen für die Kontrollvariablen in der Regel plausible Koeffizientenmuster. So scheinen Parteibindungen, Kompetenzvermutungen und positive Bewertungen von Politikern die Wahlentscheidung zugunsten der entsprechenden Partei wahrscheinlicher werden zu lassen. Besonders polarisierend scheint Oskar Lafontaine zu wirken. Auch scheint die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Dimension das Wahlverhalten eigenständig zu beeinflussen.

Hinsichtlich der Frage nach dem Einfluss der Großen Koalition deuten die Ergebnisse auf eine positive Antwort hin. Ein Wald-Test spricht für einen statistisch signifikanten Erklärungsbeitrag der Koalitionsbewertung (χ^2 (5) = 15,93; p = 0,0071). Die Koeffizienten in Tabelle 2 zeigen, dass ein positives Urteil über die Große Koalition die Wahlentscheidung für die Unionsparteien (verglichen mit der Wahlenthaltung) zu begünstigen scheint, nicht jedoch

ein Votum zugunsten der SPD. Die Linke scheint an der Wahlurne von Kritik an der Großen Koalition zu profitieren.

Bei der Interpretation logistischer Regressionsanalysen sollte man jedoch nicht bei den Logitkoeffizienten stehen bleiben. Denn zum einen können sich nur wenige Menschen vorstellen, was unter Effekten auf Logits zu verstehen sei. Zum anderen interessiert uns als Politikwissenschaftler in erster Linie, wie sich ein Faktor auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, dass sich eine Person für eine Partei entscheidet. Daher wurden aus den Ergebnissen, die in Tabelle 2 berichtet sind, Wahlwahrscheinlichkeiten ermittelt, wobei alle anderen als die interessierenden Variablen auf den ihrem Skalenniveau angemessenen Mittelwert gesetzt wurden.

In diesem Analyseschritt wird deutlich, dass die Wahlentscheidung zugunsten von CDU und CSU merklich von den Einstellungen zur Großen Koalition beeinflusst wird. Betrachtet man Anhänger von SPD oder parteipolitisch ungebundene Respondenten, lässt sich zwar eine positive Wirkungstendenz auf die Unionswahl erkennen. Sobald man jedoch die konventionellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle berücksichtigt, wird es schwierig, von einer echten Wirkung zu sprechen. Anders stellt sich die Lage dar, wenn man Anhänger der Unionsparteien betrachtet. Wie Abbildung 2 zu entnehmen ist, steigt mit zunehmender Zufriedenheit mit der Großen Koalition die Wahrscheinlichkeit, dass sich Unionsanhänger für CDU oder CSU entscheiden, von gut 30 Prozent auf beinahe 80 Prozent an. Dieser Anstieg ist auch unter Berücksichtigung der 95-Prozent-Konfidenzintervalle deutlich von null verschieden. Und selbst wenn man die empirisch seltenen sehr positiven Urteile über die Große Koalition ausblendet, ist ein signifikanter Anstieg der Wahlwahrscheinlichkeit erkennbar. Dieses Ergebnis spricht dafür, dass die Leistungsbewertung der Großen Koalition Unionsanhänger motivierte, bei der Bundestagswahl 2009 im Einklang mit ihrer Parteibindung zu votieren.[4] Dabei scheint es sich vorwiegend um einen Mobilisierungseffekt zu handeln. Denn eine genauere Analyse zeigt, dass Unzufriedenheit mit der Großen Koalition in diesem Segment des Elektorats tendenziell die Wahlenthaltung zu begünstigen scheint.

- Abbildung 2 etwa hier -

Im zweiten Schritt ist nun zu prüfen, ob die Bewertung der Großen Koalition einen Einfluss darauf hatte, ob sich Wähler von Union und SPD des Jahres 2005 vier Jahre später wieder für

[4] Diese Schlussfolgerungen werden gleichermaßen von der konservativen wie von der optimistischen Analysestrategie unterstützt.

die gleiche Partei entschieden. Um diese Frage zu klären, werden jeweils nur die Befragten betrachtet, die angaben, 2005 CDU, CSU oder SPD gewählt zu haben. Zur Messung des früheren Wahlverhaltens wird die Rückerinnerungsfrage verwendet, die sich als messfehleranfällig erwies, da etliche Respondenten anstelle der früher tatsächlich gewählten Partei ihre jetzige Parteipräferenz angeben (Waldahl/Aardal 2000; Schoen/Kaspar 2009). Ein massives Problem für die vorliegende Analyse ergäbe sich daraus dann, wenn dieser Messfehler mit der Bewertung der Großen Koalition korreliert wäre. Das ist nicht auszuschließen, doch lässt sich ohne Daten aus Wiederholungsbefragungen nicht entscheiden, ob der Messfehler die Bestätigung der Hypothese begünstigt oder erschwert.[5] Wie im vorangegangenen Analyseschritt werden Parteibindung, Links-Rechts-Selbsteinstufung, Kandidatenbewertung und Kompetenzzuweisung als zusätzliche Prädiktoren einbezogen; ebenso werden die Modelle mit einer optimistischen und einer konservativen Analysestrategie geschätzt.

Die Ergebnisse der logistischen Regressionsmodelle, die in Tabelle 3 zusammengestellt sind, zeigen, dass die Bewertung der Großen Koalition für die Frage, ob sich ein SPD-Wähler des Jahres 2005 vier Jahre später wieder für die Sozialdemokraten entscheidet, ohne Bedeutung ist. Abgesehen davon deuten die Schätzergebnisse darauf hin, dass die hier verwendeten Erklärgrößen generell wenig dazu beitragen können, die Gründe für stabiles und wechselndes Wahlverhalten der SPD-Wähler des Jahres 2005 zu erhellen. Vermutlich könnte die Einbeziehung von Einstellungsänderungen binnen der Legislaturperiode die Erklärungsleistung deutlich steigern. So könnte die SPD Wähler verloren haben, deren Zweifel an der programmatischen Ausrichtung, der Problemlösekompetenz, der Glaubwürdigkeit oder dem Führungspersonal der Partei zwischen 2005 und 2009 wuchsen.

- Tabelle 3 etwa hier –

Bei den Unionswählern des Jahres 2005 zeichnet sich ein anderes Bild ab. Ihre Entscheidung, für oder gegen die vor vier Jahren gewählte Partei zu votieren, kann mit den hier berücksichtigten Prädiktoren vergleichsweise gut erklärt werden. Mit Blick auf die hier

[5] Befragte, die 2009 eine Regierungspartei wählen und deshalb irrtümlich auch für 2005 diese Partei angeben, würden fälschlich als stabil wählend in die Analyse aufgenommen. Sofern sie die Große Koalition positiv bewerten, würde der Antwortfehler die Wirkungshypothese begünstigen. Umgekehrt würden Personen, die 2009 keine Regierungspartei wählen und daher irrtümlich auch für 2005 kein solches Votum angeben, von der Analyse ausgeschlossen. Besitzen sie eine negative Einstellung zur Großen Koalition, macht der Antwortfehler die Annahme der Forschungshypothese weniger wahrscheinlich. Angesichts der Stimmeneinbußen der Koalitionsparteien bei der Wahl 2009 könnte man annehmen, dass der zweite Fehler häufiger auftritt als der erste und daher der Rückerinnerungsfehler den Nachweis eines Effekts von Einstellungen zur Großen Koalition erschwere. Ohne entsprechende Daten handelt es sich dabei allerdings nur um Spekulationen.

betrachtete Frage besonders wichtig ist die Tatsache, dass zu den einflussreichen Prädiktoren die Bewertung der Großen Koalition zählt. Im konservativen wie im optimistischen Modell wird dieser Variable ein statistisch signifikanter Logitkoeffizient zugewiesen. Wie Abbildung 3a und 3b zu entnehmen ist, steigert eine positive Bewertung der Großen Koalition die Wahrscheinlichkeit, sich wieder für CDU oder CSU zu entscheiden, deutlich. Unter den Anhängern der Union nimmt diese Wahrscheinlichkeit von knapp 50 Prozent auf beinahe 100 Prozent zu, wenn man sich von einer sehr negativen zu einer sehr positiven Sicht auf die Große Koalition bewegt. Aber selbst wenn man die seltenen hervorragenden Bewertungen der Regierungsarbeit ausblendet, bleibt ein statistisch signifikanter und substantiell bedeutsamer Effekt nachweisbar. Zum gleichen Ergebnis führt die Analyse der Anhänger anderer Parteien und parteipolitisch ungebundener Bürger. Der wesentliche Unterschied zu den Unionsanhängern besteht darin, dass sie mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit für die Union votieren, wenn sie die Große Koalition negativ beurteilen, eine bessere Bewertung dieses Bündnisses die Wahlchancen von CDU und CSU aber umso deutlicher steigert.

- Abbildung 3a und 3b etwa hier –

Die empirische Evidenz spricht somit dafür, dass die Urteile der Bürger über die Große Koalition das Wahlverhalten nicht unbeeinflusst ließen – allerdings gilt das nicht in allen Segmenten des Elektorats und bei allen Entscheidungen gleichermaßen. Deutliche Wirkungen lassen sich vor allem auf die Wahlentscheidung zugunsten von CDU und CSU nachweisen. Dieser Befund steht im Einklang mit der Annahme, dass Bewertungen des Regierungshandelns die Wahlchancen derjenigen Akteure beeinflussen, von denen die Bürger meinen, sie seien für das Regierungshandeln verantwortlich. Zudem stellte sich heraus, dass das Stimmverhalten von Urteilen über die Große Koalition vor allem in Bevölkerungssegmenten beeinflusst wird, die sich der Union verbunden fühlen oder vier Jahre vorher schon einmal für CDU oder CSU gestimmt haben.

4. Schlussfolgerungen

Der vorliegende Aufsatz ging der Frage nach, inwieweit die Arbeit der Großen Koalition einen Einfluss auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 hatte. Die Analyse von Daten aus einer Onlinebefragung vor der Wahl am 27. September 2009 zeigte, dass die Befragten die Große Koalition im Durchschnitt leicht negativ beurteilten und die

Koalitionsparteien wechselseitig blockiert wähnten. Allerdings nahmen die Respondenten die Koalition nicht als ein Bündnis ebenbürtiger Partner wahr, sondern sahen mehrheitlich die Unionsparteien als die einflussreichere Seite an. Diese Beobachtung führte zu der Vermutung, dass Urteile über die Große Koalition die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien beeinflussen, nicht jedoch die Entscheidung für den sozialdemokratischen Bündnispartner. Diese Annahme konnte in der anschließenden Analyse des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 2009 bestätigt werden. Folglich kann man davon ausgehen, dass das schlechte Abschneiden der SPD bei der jüngsten Bundestagswahl keine Reaktion auf kritische Wählerurteile über die Arbeit der Großen Koalition war. Dagegen könnten sich im Ergebnis der Unionsparteien durchaus Bewertungen der Wahlberechtigten über die Arbeit der Großen Koalition widerspiegeln. Die Analyse widerlegt also nicht Angela Merkels Aussage über die Ursachen des mäßigen Wahlergebnisses der Unionsparteien bei der Wahl 2009.

Diese Schlussfolgerung würde allerdings missverstanden, würde sie als Beleg dafür gelesen, dass die Stimmenverluste der Sozialdemokraten nichts mit der Großen Koalition zu tun haben könnten. Diese Folgerung zu ziehen, hieße, die hier untersuchten Effekte der Großen Koalition mit allen denkbaren Wirkungen der Großen Koalition gleichzusetzen. Eine solche Interpretation ignorierte allerdings wichtige Wirkungspotentiale. Beispielsweise könnte die Große Koalition die Sozialdemokraten daran gehindert haben, bestimmte Policy-Forderungen zu verwirklichen und damit Wahlberechtigte für sich zu gewinnen oder bei der Stange zu halten. Auch ist nicht auszuschließen, dass einige Entscheidungen der Großen Koalition Anhänger der SPD so sehr enttäuschten, dass sich ihre Bindung an die SPD im Laufe der Zeit auflöste, was in einer Querschnittanalyse wie der vorliegenden naturgemäß nicht zu entdecken ist. Zugleich sollten diese Hinweise nicht den Blick darauf verstellen, dass auch Faktoren jenseits der Großen Koalition, man denke etwa an das ungeklärte Verhältnis der Sozialdemokraten zur Linkspartei, zum Wahldebakel der SPD beigetragen haben können.

Bei der Interpretation der vorgestellten Ergebnisse sind – wie bei allen empirischen Analysen – zudem die Spezifika der Datenerhebung zu berücksichtigen. Die verwendeten Daten wurden in einer Onlinebefragung Anfang August 2009 und damit rund sieben Wochen vor dem Wahltag erhoben. Die zeitliche Distanz zum Wahltag könnte die Aussagekraft der vorgestellten Befunde beeinträchtigen, sofern sich die Verteilungen von Parteipräferenzen oder verhaltensrelevanten Einstellungen oder aber die Gewichtung der Einflussfaktoren bis zum Wahltag noch deutlich verändert hätten. Beispielsweise könnte Wahlkampfkommunikation in den letzten Wochen vor dem 27. September 2009 das Bild der Bürger von der Großen Koalition aufgehellt oder dazu geführt haben, dass die SPD deutlicher

als Regierungspartei wahrgenommen wurde und daher Urteile über die Große Koalition auch die Entscheidung zu ihren Gunsten beeinflussten. Zudem kann sich der Einsatz von Daten aus einer Onlinebefragung auf die Ergebnisse verzerrend auswirken, soweit sich die online erreichbaren Respondenten im politischen Denken und Handeln erheblich von einer Zufallsstichprobe aus dem gesamten Elektorat unterscheiden. Der Forschungsstand zu dieser Frage ist nicht eindeutig (Faas/Rattinger 2004; Sanders et al. 2006), weshalb entsprechende Verzerrungen zwar nicht auftreten müssen, aber auch nicht ausgeschlossen werden können.

Die vorliegende Analyse spricht dafür, dass die Bürger bei der Wahlentscheidung 2009 auch eine Bilanz der Großen Koalition zogen, und zwar vor allem beim Votum für oder gegen die Unionsparteien. Dieses Muster deutet darauf hin, dass retrospektive Urteile über die Regierungsarbeit das Stimmverhalten in Deutschland beeinflussen und dieser Effekt von der wahrgenommenen Verantwortung für das Regierungshandeln abhängt. Analysen zu Wahlen unter anderen politischen Konstellationen könnten es ermöglichen, die zugrundeliegenden Wirkungsmechanismen besser zu verstehen. Zugleich sollte die vorliegende Analyse um weitere Untersuchungen zu Wirkungen der Großen Koalition auf das Wahlverhalten 2009 ergänzt werden. Sie sollten dazu beitragen können, auf methodisch noch besser abgesicherter Grundlage ein umfassendes Bild der (direkten und indirekten) elektoralen Konsequenzen der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 zu zeichnen. Damit würden sie zugleich einen Beitrag dazu leisten, die politische Urteilsbildung und politisches Verhalten der Bürger und den Prozess der politischen Repräsentation im Widerspiel von Bürgern und Eliten in der Bundesrepublik Deutschland besser zu verstehen.

Literatur

Abramson, Paul R./Aldrich, John H./Diamond, Matthew/Diskin, Abraham/Levine, Renan/Scotto, Thomas J., 2004: Strategic Abandonment or Sincerely Second Best? The 1999 Israeli Prime Ministerial Election, in: Journal of Politics 66: 708–728.

Abramson, Paul R./Aldrich, John H./Blais, André/Diamond, Matthew/Diskin, Abraham/Indridason, Indridi H./Lee, Daniel J./Levine, Renan, 2010: Comparing Strategic Voting Under FPTP and PR, in: Comparative Political Studies 43, 61-90.

Alvarez, R. Michael/Nagler, Jonathan, 1998a: Economics, Entitlements, and Social Issues: Voter Choice in the 1996 Presidential Election, in: American Journal of Political Science 42: 1349–1363.

Alvarez, R. Michael/Nagler, Jonathan, 1998b: When Politics and Models Collide: Estimating Models of Multicandidate Elections, in: American Journal of Political Science 42: 55–96.

Alvarez, R. Michael/Nagler, Jonathan/Willette, Jennifer R., 2000: Measuring the Relative Impact of Issues and the Economy in Democratic Elections, in: Electoral Studies 19: 237–253.

Clarke, Harold D./Sanders, David/Stewart, Marianne C./Whiteley, Paul F., 2004: Political Choice in Britain. Oxford.

Clarke, Harold D./Sanders, David/Stewart, Marianne C./Whiteley, Paul F., 2009: Performance Politics and the British Voter. Cambridge.

DGfW, 2009: German Longitudinal Election Study (http://www.dgfw.info/gles.php?show=desc&lang=de).

Dorussen, Han/Taylor, Michael A., 2001: The Political Context of Issue-priority Voting: Coalitions and Economic Voting in the Netherlands, 1970-1999, in: Electoral Studies 20, 399–426.

Faas, Thorsten/Rattinger, Hans, 2004: Drei Umfragen, ein Ergebnis? Ergebnisse von Offline- und Online-Umfragen anlässlich der Bundestagswahl 2002 im Vergleich, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes. Wiesbaden, 277–299.

Faas, Thorsten/Schoen, Harald, 2009: Nur eine Frage der Zeit? Eine Analyse zweier Online-Umfragen zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005, in: Harald Schoen /Hans Rattinger / Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Vom Interview zur Analyse: Methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung. Baden-Baden, 343–360.

Feldman, Stanley, 1984: Economic self-interest and the vote: Evidence and meaning, in: Political Behavior 6: 229-251.

Fiorina, Morris P., 1981: Retrospective Voting in American National Elections. New Haven, London.

Forschungsgruppe Wahlen, 2005a: Politbarometer September II 2005 (http://www.forschungsgruppewahlen.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2005/September_II/)

Forschungsgruppe Wahlen, 2005b: Politbarometer November II 2005 (http://www.forschungsgruppewahlen.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2005/November_II/)

Haas, Melanie, 2007: Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 35-36, 18-26.

Huber, Sascha/Gschwend, Thomas/Meffert, Michael F./Pappi, Franz Urban, 2009: Erwartungsbildung über den Wahlausgang und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung, in: Oscar W. Gabriel/ Bernhard Weßels/Jürgen W. Falter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden, 561-584.

Infratest dimap, 2005a: ARD Deutschlandtrend September 2005 II–Extra (http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2005/september-ii-extra/)

Infratest dimap, 2005b: ARD Deutschlandtrend Dezember 2005 (http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2005/dezember/)

Jung, Matthias/Wolf, Andrea, 2005: Der Wählerwille erzwingt die große Koalition, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52, 3-12.

Key, Valdimer O., 1966: The Responsible Electorate: Rationality in Presidential Voting, 1936-1960. New York.

Korte, Karl-Rudolf, 2009: Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im „Superwahljahr", in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38, 3-8.

Layman, Geoffrey C./Carsey, Thomas M., 2002: Party Polarization and Party Structuring of Policy Attitudes: A Comparison of Three NES Panel Studies, in: Political Behavior 24, 199–236.

Miller, Warren E./Shanks, J. Merrill, 1982: Policy Directions and Presidential Leadership: Alternative Interpretations of the 1980 Presidential Election, in: British Journal of Political Science 12, 299–356.

Miller, Warren E./Shanks, J. Merrill, 1996: The New American Voter. Cambridge.

Prantl, Heribert, 2009: Zwerge, Riesen, Sensationen, in: SZ, 08.10.2009, 4.

Roller, Edeltraud 1998: Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung: Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. Opladen/Wiesbaden, 173–219.

Sanders, David/Clarke, Harold D./Stewart, Marianne C./Whiteley, Paul, 2006: Does Mode Matter For Modeling Political Choice? Evidence From the 2005 British Election Study, in: Political Analysis 15, 257-285.

Schmiese, Wulf, 2009: Alle huldigen der Kanzlerin: Die CDU steht hinter Merkel, in: FAZ, 29.09.2009, 3.

Schmitt, Hermann 1998: Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz? Zwei Modelle des Einflusses politischer Streitfragen auf das Wahlverhalten und die empirische Evidenz aus drei Nachwahlumfragen zur Bundestagswahl 1994, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. Wiesbaden, 145–172.

Schoen, Harald/Kaspar, Hanna, 2009: You must remember this…: Eine Analyse zur Rückerinnerungsfrage, in: Hanna Kaspar/Harald Schoen/ Siegfried Schumann/ Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Politik – Wissenschaft – Medien: Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag. Wiesbaden, 159-177.

Schoen, Harald/Weins, Cornelia, 2005: Der sozialpsychologische Ansatz, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden, 187-242.

SPD-Landesvorstand Berlin, 2009: Erste Einschätzung der Bundestagswahl 2009 im SPD-Landesvorstand Berlin. Berlin.

Taylor, Michael A., 2000: Channeling Frustrations: Institutions, Economic Fluctuations, and Political Behavior, in: European Journal of Political Research 38, 95–134.

Waldahl, Ragnar/Aardal, Bernt Olav, 2000: The Accuracy of Recalled Previous Voting: Evidence from Norwegian Election Study Panels, in: Scandinavian Political Studies 23, 373–389.

Zohlnhöfer, Reimut, 2009: Große Koalition: Durchregiert oder im institutionellen Dickicht verheddert?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38, 9-14.

Anhang: Operationalisierungen

Bewertung der Großen Koalition: „Finden Sie die derzeitige Große Koalition im Bund eher eine gute oder eher eine schlechte Sache?“(fünfstufige Antwortvorgabe von „eher schlechte Sache“ bis „eher gute Sache“, rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1).

Lösung: „Wie groß schätzen Sie den Beitrag der Großen Koalition zur Lösung der Probleme in Deutschland ein?“ (fünfstufige Antwortvorgabe von „sehr kleiner Beitrag“ bis „sehr großer Beitrag“; rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1).

Blockade: „Parteien in Koalitionsregierungen wird häufig vorgeworfen, dass sie in wichtigen politischen Fragen zu keiner Einigung kommen und sich gegenseitig blockieren. Traf dies Ihrer Meinung nach auf die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD zu oder nicht?“ (fünfstufige Antwortvorgabe von „traf nicht zu“ bis „traf zu“; rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1).

Schuld an der Blockade: „Und wer hatte daran die größere Schuld?“ (CDU, CSU, SPD, alle gleichermaßen).

Einfluss auf Große Koalition: „Wer hatte Ihrer Meinung nach insgesamt größeren Einfluss in der Großen Koalition?“ (CDU/CSU, SPD, keine von beiden).

Einfluss auf Politikfelder: „Und wer hatte in den folgenden Bereichen Ihrer Meinung nach den größeren Einfluss in der Großen Koalition?“ Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik, Finanzpolitik, Umweltpolitik, Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Europapolitik, Landwirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik (CDU/CSU, SPD, keine von beiden).

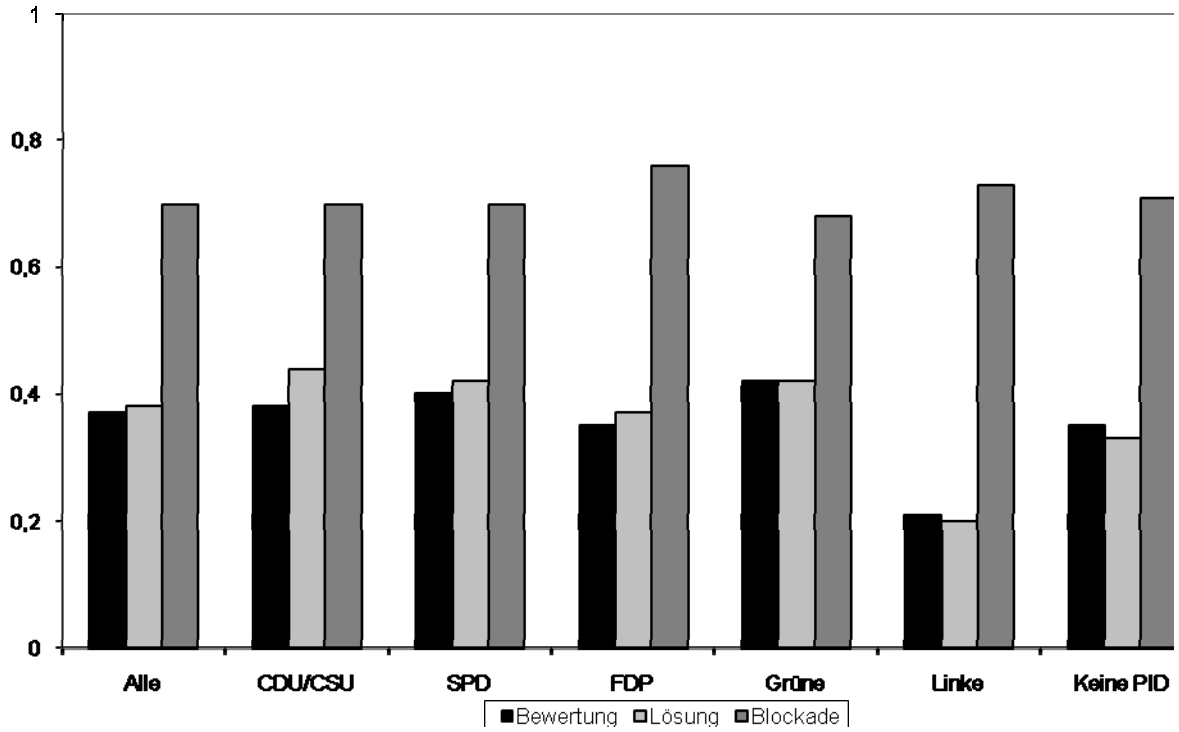
Parteibindung: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist
das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ Aus den Antworten wurden Dummyvariablen für die Parteien und die Personen ohne Parteiidentifikation kreiert.

Kompetenz der Parteien: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Deutschland? Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen? Und was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das zweitwichtigste politische Problem in Deutschland? Und welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen?“ Aus den Antworten wurden für die Parteien Kompetenzindizes gebildet, die zählen, ob eine Person der jeweiligen Partei bei keinem, einem oder zwei Problemen die Lösungskompetenz zuschreibt.

Politikerbewertungen: „Jetzt zu einigen Politikerinnen und Politikern. Was halten Sie von den folgenden Personen?“ Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier, Guido Westerwelle, Renate Künast, Oskar Lafontaine (elfstufige Antwortvorgabe von „halte überhaupt nichts von der Person“ bis „halte sehr viel von der Person; rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1).

Links-Rechts-Selbsteinstufung: „In der Politik reden die Leute häufig von "links" und "rechts". (…) Und wenn Sie diese Skala von 1 bis 11 benutzen, wo würden Sie sich selbst einordnen?“ (rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1).

Abbildung 1: Urteile über die Große Koalition vor der Wahl 2009 nach Parteibindungen



Frageformulierungen siehe Anhang.

Tabelle 1: Wahrgenommener Einfluss auf die Politik der Großen Koalition

	CDU/CSU	SPD	Keine von beiden
Große Koalition insgesamt	69	7	25
Außenpolitik	42	35	22
Europapolitik	52	13	35
Finanzpolitik	53	23	25
Wirtschaftspolitik	71	9	20
Arbeitsmarktpolitik	43	26	32
Sozialpolitik	26	46	28
Familienpolitik	46	30	24
Bildungspolitik	36	31	33
Gesundheitspolitik	27	42	31
Umweltpolitik	21	39	40
Landwirtschaftspolitik	48	18	34

Frageformulierungen siehe Anhang. Abweichungen der Zeilensummen von 100 resultieren aus Rundungsfehlern.

Tabelle 2: Die Wirkung von Urteilen über die Große Koalition auf die Wahlentscheidung 2009 unter Kontrolle anderer Prädiktoren (multinomiale logistische Regression)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke
CDU/CSU-PID	2.91**	0.65	-0.32	-1.58	0.33
	(0.61)	(0.75)	(0.55)	(0.88)	(0.78)
SPD-PID	-0.65	1.98**	-0.96	-0.84	-0.46
	(0.90)	(0.47)	(0.62)	(0.43)	(0.56)
Keine PID	0.65	0.14	-0.75	-1.05*	-0.96
	(0.59)	(0.55)	(0.44)	(0.45)	(0.57)
Links-Rechts-Selbsteinstufung	-0.48	-1.47	0.19	-2.79**	-2.50**
	(0.95)	(0.78)	(0.89)	(0.90)	(0.95)
Merkel	2.70**	-1.08	-0.93	-0.65	-1.44
	(1.04)	(0.66)	(0.77)	(0.69)	(0.79)
Steinmeier	0.54	3.60**	0.78	0.14	-1.66
	(0.85)	(0.85)	(0.83)	(0.78)	(0.93)
Westerwelle	0.45	0.26	5.59**	-0.36	-0.95
	(0.85)	(0.67)	(0.88)	(0.66)	(0.82)
Künast	0.11	0.38	-0.81	5.19**	-1.84
	(0.94)	(0.78)	(0.86)	(0.85)	(1.06)
Lafontaine	-0.69	0.05	-1.64*	-1.67**	6.30**
	(0.78)	(0.61)	(0.71)	(0.63)	(1.00)
CDU/CSU-Kompetenz	1.29**	0.46	0.78*	0.85*	0.70
	(0.31)	(0.39)	(0.33)	(0.37)	(0.50)
SPD-Kompetenz	-0.76	0.35	-0.52	0.15	-0.30
	(0.68)	(0.25)	(0.49)	(0.29)	(0.47)
Große Koalition	1.78*	0.19	-0.46	0.75	-2.24*
	(0.81)	(0.67)	(0.76)	(0.70)	(0.98)
Konstante	-4.87**	-2.60**	-2.62**	-0.91	0.51
	(1.07)	(0.73)	(0.86)	(0.69)	(0.75)
-2LL (Nullmodell)	2083.2				
korr. Pseudo-R^2 (McFadden)	0.39				
N	591				
Modell 2 (ohne Politiker und Kompetenz der Regierungsparteien)					
Große Koalition	2.29**	0.34	-0.40	0.74	-2.84**
	(0.73)	(0.60)	(0.72)	(0.65)	(0.93)
-2LL (Nullmodell)	2083.2				
korr. Pseudo-R^2 (McFadden)	0.36				
N	591				

Angegeben sind unstandardisierte Logitkoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: ** p<0,01, * p<0,05. Referenzkategorie der abhängigen Variable: Nichtwahl.

Abbildung 2: Effekt von Bewertungen der Großen Koalition auf die Wahlentscheidung zugunsten von CDU und CSU bei Unionsanhängern und Personen ohne Parteibindung

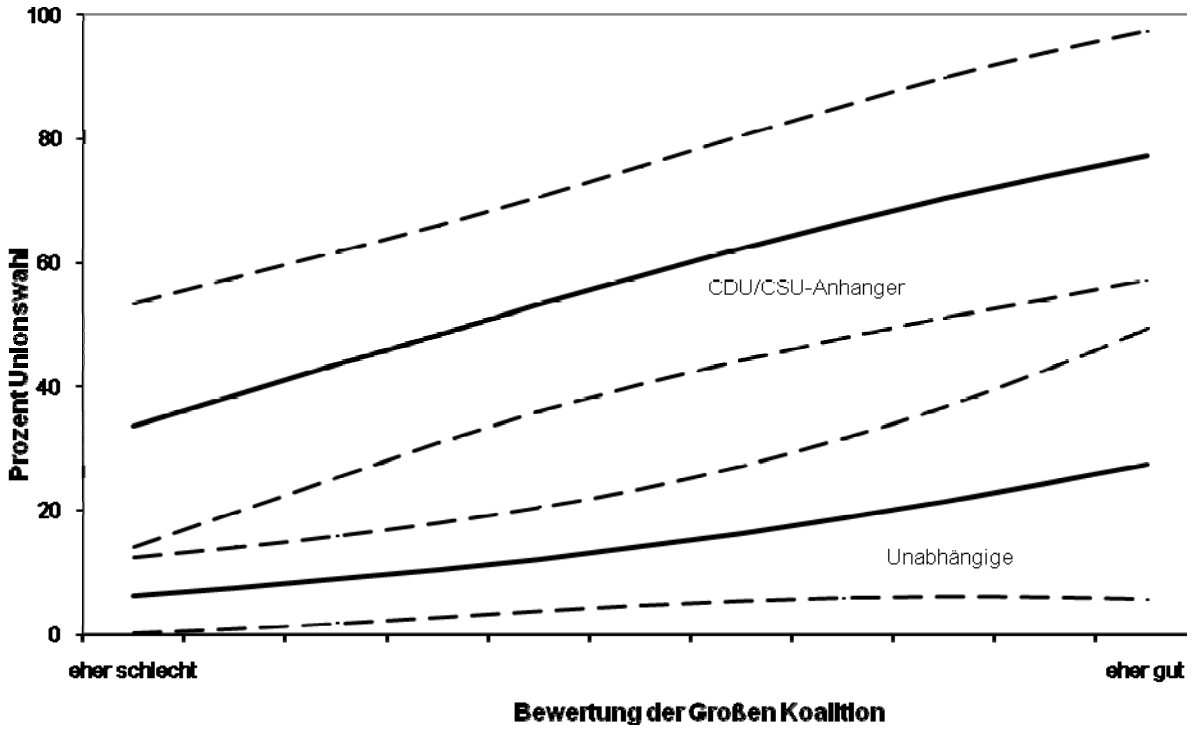


Tabelle 3: Die Wirkung von Urteilen über die Große Koalition auf die Wiederwahl von SPD und CDU/CSU 2009 unter Kontrolle anderer Prädiktoren (logistische Regression)

	SPD		CDU/CSU	
SPD-PID	1.08*	1.48**	--	--
	(0.46)	(0.41)		
CDU/CSU-PID	--	--	2.18**	3.12**
			(0.73)	(0.63)
Links-Rechts-Selbsteinstufung	1.34	1.22	-0.75	-0.76
	(0.97)	(0.92)	(1.36)	(1.25)
Merkel	-0.25	--	2.52	--
	(0.75)		(1.68)	
Steinmeier	3.34**	--	-1.48	--
	(1.00)		(1.24)	
Westerwelle	-0.44	-0.51	-0.71	0.36
	(0.79)	(0.70)	(1.40)	(1.13)
Lafontaine	0.40	0.48	-2.08	-2.28*
	(0.67)	(0.61)	(1.08)	(1.02)
Künast	-0.62	0.13	2.62	2.29
	(0.87)	(0.78)	(1.39)	(1.21)
CDU/CSU-Kompetenz	-0.65	--	0.50	--
	(0.47)		(0.35)	
SPD-Kompetenz	0.04	--	-0.98	--
	(0.29)		(1.00)	
Große Koalition	0.69	0.92	4.02**	4.09**
	(0.82)	(0.71)	(1.26)	(1.18)
Konstante	-2.91**	-1.81**	-3.65*	-3.13*
	(0.86)	(0.69)	(1.61)	(1.34)
-2LL (Nullmodell)	207.3	207.3	169.4	169.4
korr. Pseudo-R^2 (McFadden)	0.09	0.04	0.30	0.29
N	150	150	132	132

Angegeben sind unstandardisierte Logitkoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: ** $p<0,01$, * $p<0,05$. Referenzkategorie der abhängigen Variable: Wahl einer anderen Partei oder Nichtwahl.

Abbildung 3a: Wahrscheinlichkeit, dass Unionswähler des Jahres 2005 bei der Wahl 2009 wieder CDU oder CSU wählen, in Abhängigkeit von der Bewertung der Großen Koalition (Unionsanhänger; Punktschätzung mit 95-Prozent-Konfidenzintervall)

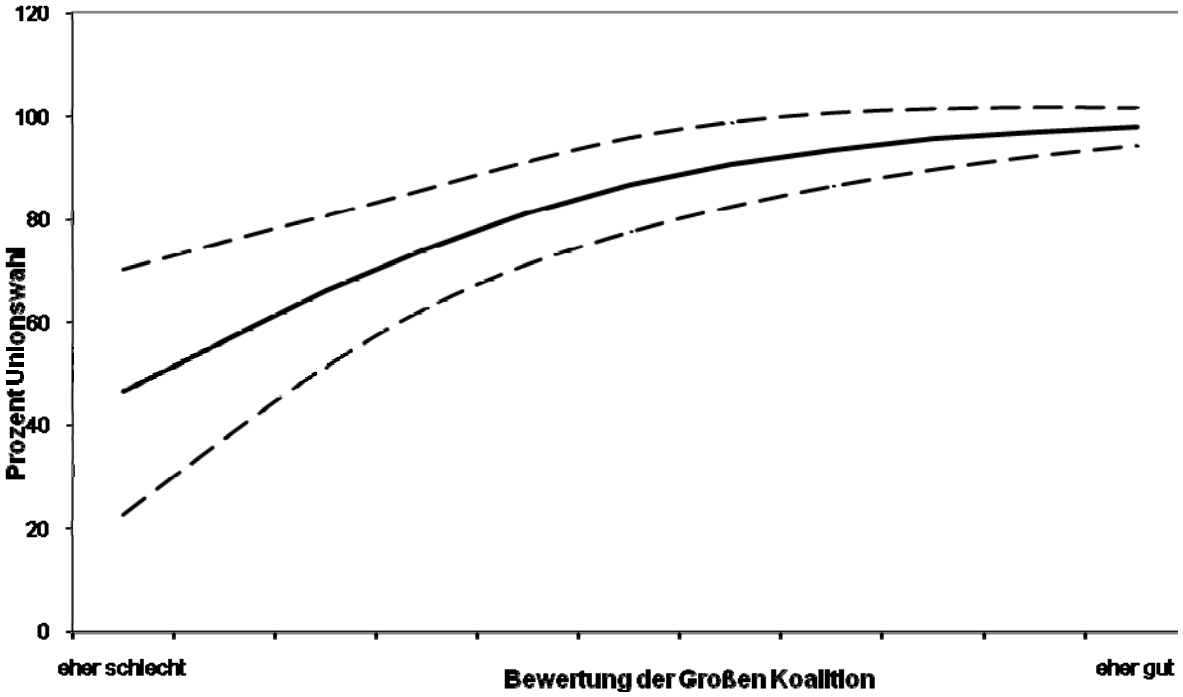
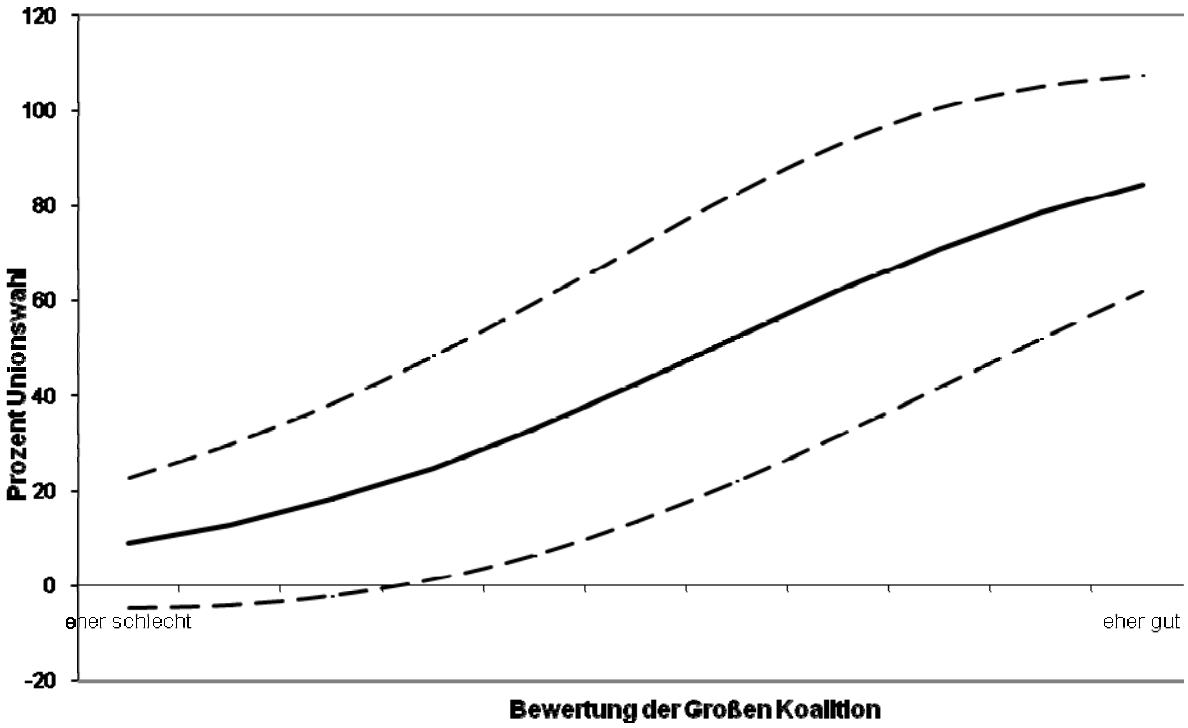



Abbildung 3b: Wahrscheinlichkeit, dass Unionswähler des Jahres 2005 bei der Wahl 2009 wieder CDU oder CSU wählen, in Abhängigkeit von der Bewertung der Großen Koalition (Anhänger anderer Parteien und parteipolitisch Unabhängige; Punktschätzung mit 95-Prozent-Konfidenzintervall)